Gemeinde Kirchzarten	BESCHLUSSVORLAGE
Vorlage Nr.: 2020/019	
Fachbereich 4 / Aktenzeichen	4. März 2020
Finanz-, Verwaltungs-, Touristik- und Kulturausschuss am 03.03.2020 - nicht öffentlich - Gemeinderat am 12.03.2020 - öffentlich -	
Tagesordnungspunkt <u>Erhöhung des Hebesatzes der Vergnügungssteuersatzung</u>	

Beschlussvorschlag:

Der Finanz-, Verwaltungs-, Touristik- und Kulturausschuss empfiehlt / Der Gemeinderat beschließt seine Zustimmung zur vorliegenden Satzung über die Erhöhung der Vergnügungssteuer (Vergnügungssteuersatzung) zum 01.04.2020.

Diese Satzung tritt am 01.04.2020 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Vergnügungssteuersatzung der Gemeinde Kirchzarten vom 08.03.2018 außer Kraft.

Beratungsergebnis:

einstimmig

mit Stimmen

..... Ja

..... Nein

..... Enthaltungen

lt. Beschlussvorlage

abweichender Beschluss

Sachverhalt:

Eigentlicher Steuerträger ist der Spieler, dessen wirtschaftlicher Aufwand steuerlich erfasst werden soll. Die Steuer darf jedoch nach der ständigen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts nicht erdrosselnd wirken.

Das durch Artikel 12 Abs. 1 GG garantierte Recht auf Berufsfreiheit darf nicht verletzt werden.

Als Steuermaßstab kann die „Bruttokasse“, die „Nettokasse“ oder der „Einwurf“ bzw. der „Spieleraufwand“ herangezogen werden.

1. Die „**Bruttokasse**“ definiert sich über die elektronisch gezahlte Kasse (Einwurf minus Auswurf, zuzüglich Röhrenentnahmen und abzüglich der Röhrenauffüllungen, Falschgeld und Fehlgeld).

2. Die „**Nettokasse**“ ist die Differenz der Einsätze der Spieler und der ausgezahlten Gewinne und der Umsatzsteuer.

3. Der „**Einwurf**“ bzw. „**Spieleraufwand**“ ist die Gesamtsumme der, von den Spielern, eingesetzten Geldbeträge. Der Auswurf wird hierbei nicht berücksichtigt.

Die Gemeindeverwaltung schlägt einen Hebesatz von 24 % der Bruttokasse vor. Dieser bereits jetzt angewendete Steuermaßstab mit dem entsprechenden Hebesatz stellt unserer Meinung nach eine angemessene Besteuerung dar. Die örtliche Spielgerätsteuer wird damit begründet, die Spielsucht bekämpfen zu wollen. Somit verfolgt die Steuer einen Lenkungszweck, der das Spielen so verteuern soll, dass die Nachfrage zurückgeht.

Nach § 3 Abs. 1 AO sind solche Lenkungszwecke zulässig, der Fiskalzweck darf zwar neben ihnen in den Hintergrund treten, aber nicht gänzlich fehlen.

Finanzielle Auswirkungen:

50.000,00 €/Jahr